Universitätsbibliothek


# Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 23 — Sonnabend, den 21. Februar 1931. — 44. Jahrgang


## Wiederzusammentritt des Reichstages

**Die Haltung der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten.**

Trotzdem bereits am Vormittage der Aeltestenrat uni die Ausschüsse zusammengetreten waren, bot das Plenun zu Beginn der Sitzung ein wenig erfreuliches Bild. Nich nur auf der Rechten des Hauses gähnte immer noch die sei dem großen Exodus gähnende Leere, auch von der zur Ar beit bereiten Mehrheit fehlte eine große Anzahl der Abge ordneten.

**Einige Heiterkeit erregte es, als Präsident Löbe bei de Beratung des Haushalts für das Reichsverkehrsministerium den Ausschußberichterstatter, den deutschnationalen Abgeord neten Quaatz aufrief, der natürlich genau wie seine gesamte Fraktion der Sitzung ferngeblieben war.**

Bei Eröffnung der Aussprache fehlte zunächst jeglich Wortmeldung, und wenn nicht kommunistischer Uebereife gewesen wäre, würde es kaum zu einer Debatte gekommer sein, da der Reichsverkehrsminister anläßlich des Antrages der Zentrums- und Bayerischen Volkspartei wegen des Schenker-Vertrages und der deutschnationalen Interpellation über den Hamburger Flaggenskandal nicht geneigt war, der Auftakt zu geben, mußte sich das Haus zunächst den kommunistischen Rededonner anhören, der ermüdend über eine Stunde den Saal durchrollte.

Nachdem der Wirtschaftsparteiler Mollath im Inter esse der gesamten Volkswirtschaft für Einheit der Verkehrspolitik eingetreten war und den Schenker-Vertrag als „Ver sailles" für das deutsche Fuhrwesen bezeichnet hatte, ergrif Reichsverkehrsminister Guérard das Wort, um die Po litik seines Ministeriums zu verteidigen. Auch von Guerard wandte sich deutlich gegen die Politik der Reichsbahngesellschaft, indem er erklärte, es sei zwar zweifellos die Aufgabe einer gesunden Verkehrspolitik eine gewisse Einheitlichkeit in die Bestimmungen der Verkehrsmittel zueinander herzu stellen, indessen könne man die gesunde Konkurrenz, die notwendig sei, nicht ausschalten.

**Was im übrigen seinen Haushalt anbelange, so seier durchaus Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten vorhanden, die je doch angesichts der nachgerade chronischen Leere der Reichskassen nicht ausgenützt werden könnten.**

## Wahlreform-Annahme im Reichsrat

Berlin, 12. Februar.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Vollsitzung am Donnerstag mit der Wahlreformvorlage der Reichsregierung, in der u. a. bestimmt ist, daß auf je 70 000 Wähler ein Abgeordneter entsallen soll, während die Ziffer nach dem geltenden Recht 60 000 beträgt. Auf preußischen Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 29 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen die Ziffer auf 75 000 erhöht. Dagegen stimmten die Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Westfalen und die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Bremen und Lübeck; die Provinzen Sachsen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz enthielten sich. Darauf wurde die Vorlage im ganzen mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Die opponierenden Stimmen gaben Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen ab.

Die Vorlage enthält außer der Erhöhung des Wahlquotienten folgende Neuerungen: Abschaffung der langen Listen. Die Stimmzettel können nur bis drei Bewerber enthalten; Verkleinerung der Wahlkreise (162 gegen bisher 35) Beseitigung der Reichslisten; Abschaffung des amtlichen Stimmzettels und Vereinfachung des Wahlvorschlag-Verfahrens.

## Teileinigung über das Agrarprogramm

Berlin, 20. Februar.

Wie wir zu der gestrigen Kabinettssitzung noch erfahren, handelt es sich bei den „wesentlichen Punkten", über die bereits eine Einigung erzielt wurde, vor allem um die Verlängerung der Ermächtigung über die Getreidezölle und um die Verlängerung der gegenwärtigen Regelung des Einfuhrsystems. Außerdem wurde grundsätzliches Einverständnis über die Einführung von variablen Zöllen für Schweine und für Hülsenfrüchte erzielt.

Das Kabinett hat auch die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Italien Verhandlungen aufgenommen werden müssen über die Neuregelung der Einfuhr von Obst und Gemüsen. Damit hat Italien sich dem Standpunkt angeschlossen, den sein handelspolitischer Ausschuß bereits vor kurzem einnahm.

Offen sind noch die strittigen Fragen der Butter und anderer Milchprodukte, wie Kasein, ferner das Holzproblem. Es ist anzunehmen, daß diese Dinge, die schon stark in die Frage der Veredelungswirtschaft hineinspielen, in der heutigen Kabinettssitzung in Angriff genommen werden, man glaubt jedoch nicht, daß die Beratungen über das weitverzweigte Agrarprogramm bereits heute abgeschlossen werden können.

## Steuererlaß für Ostpreußen

Berlin, 20. Februar.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat an den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Königsberg einen Erlaß gerichtet, in welchem es u. a. heißt:

Die besondere wirtschaftliche Notlage Ostpreußens läßt besondere steuerliche Vergünstigungen geboten erscheinen. Ich bestimme daher Billigkeitsmaßnahmen für die Landwirtschaft:

Wie für die beiden Vorjahre werden der ostpreußischen Landwirtschaft drei Achtel des endgültig für 1931 zu entrichtenden Vermögenssteuerbetrages erlassen. Dies gilt nicht für Steuerpflichtige, die nach Lage ihrer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere steuerliche Leistungsfähigkeit aufweisen. Den Landwirten, die vermögens- und einkommensteuerfrei sind, wird die im April 1931 fällige Umsatzsteuerrate erlassen.

Billigkeitsmaßnahmen für andere Wirtschaftszweige: Den Steuerpflichtigen, die durch die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft mitbetroffen sind oder infolge der auf der isolierten Lage Ostpreußens beruhenden schwierigen Verhältnisse sich in besonderer wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, ist durch Stundung oder Erlaß der Vermögenssteuer mit besonderem Wohlwollen entgegenzukommen.

## Eine Ansprache Severings.

**Tagung der politischen Verwaltungsbeamten Preußens.**

Berlin, 20. Februar.

Im preußischen Ministerium des Innern fand eine Konferenz der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens statt. Minister Severing eröffnete die Besprechung und ging dann auf die allgemeine politische Lage ein.

**Der Minister führte u. a. aus, daß diese Konferenz ihm geboten erscheine, weil nach seiner Ansicht die politische Lage in Preußen und Deutschland keinen Anlaß zu Besorgnissen gäbe. Diese Erkenntnis zu verbreiten, sei eine Aufgabe, die heute vor allem auch den politisch verantwortlichen Behördenleitern in der Provinz zufalle.**

### Zum Volksbegehren des Stahlhelm

führte der Minister aus, es sei ein Mißbrauch, wenn ein Wehrverband wie der Stahlhelm, der satzungsgemäß keinerlei Beziehungen zur Politik habe, im letzten Jahr der Legislaturperiode des Landtags durch eine große Aktion eine frühere Wahl herbeiführen wolle. Das Volksbegehren und der evtl. Volksentscheid verursachten selbst bei geringer Schätzung Kosten von 1½ Millionen Mark. Dann befaßte sich Severing mit dem Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen aus dem Reichstag.

**„Wir wollen keine Unklarheit darüber bestehen lassen, daß wir gegen jede Verletzung bestehender Gesetze mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen werden. Die Staatsmacht ist dieser hetzerischen Opposition unendlich überlegen. Es hat sich gezeigt, daß in Berlin noch nicht einmal 1500 Menschen in der SA. organisiert sind.**

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Severing, auch die Kommunistische Partei, die heute von der nationalsozialistischen übertönt würde, sei in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen; ihre Beobachtung sei daher Pflicht der Behörden.

**Ueber das Reichsbanner erklärte der Minister, unter allen Wehrorganisationen müsse diejenige den preußischen Behörden die sympathischste sein, die nichts wolle als Stärkung des verfassungsmäßigen Staates und Schutz der Gesetze. Selbstverständlich aber komme weder eine polizeiliche Verwendung des Reichsbanners, noch eine Vermischung mit dem Dienst, den Aufgaben und den Beamten der preußischen Polizei irgendwie in Frage.**

## Frick gegen Wirth.

**Scharfe Worte gegen den Reichsinnenminister.**

Jena, 20. Februar.

Die Jenaer Studentenschaft veranstaltete eine Kundgebung, auf der Staatsminister Frick über das Thema „Der Weg zur Freiheit" sprach. Er führte dabei u. a. aus, daß das Rumpf-Parlament in Berlin keinen Boden mehr im deutschen Volke habe. Das Volk verlange vielmehr stürmisch Neuwahlen zum Reichstag.

**Wenn der Reichsinnenminister Dr. Wirth durch Rundfunk verbreitet habe, er werde gegen eine etwaige Konstituierung eines Rumpf-Parlaments der nationalen Opposition in Weimar mit der Reichsexekution vorgehen, so müsse er, Dr. Frick, erklären, daß eine etwaige Tagung der nationalen Opposition im Deutschen Nationaltheater in Weimar Herrn Dr. Wirth nichts angehe, da über das Nationaltheater in Weimar nicht Dr. Wirth, sondern er, Frick, zu verfügen habe.**

Gegenüber dem abtretenden System sei ein neues Deutschland der Ehre, Ehrlichkeit, der Kraft und Freiheit im Werden. Gerade die deutschen Akademiker seien berufen, bei der geistigen, sittlichen und willensmäßigen Erneuerung des deutschen Volkes mitzuwirken.

## Die Bauernschaft bei Treviranus.

**Förderung des ostdeutschen Bauerntums angesagt.**

Berlin, 20. Februar.

**Die Vertreter der Deutschen Bauernschaft wurden von Reichsminister Treviranus zu einer eingehenden Besprechung der Osthilfefragen empfangen. Die vorgetragenen Wünsche bezogen sich auf eine generelle Lastensenkung, auf eine weitgehend produktive Gestaltung der Osthilfemaßnahmen, auf gleichmäßige und gerechte Berücksichtigung der bäuerlichen Betriebe und auf Hilfsmaßnahmen für notleidende Siedler.**

Gegen die Gründung von Haftungsverbänden für bäuerliche Betriebe wurden schwere Bedenken geäußert. Der Minister wurde gebeten, als Ostkommissar sich dafür einzusetzen, daß im Zuge der Zuckerkontingentierung für die Bauern- und Siedlerbetriebe des Osthilfegebietes Zusatzkontingente eingeräumt würden.

Am Schluß der eingehenden Aussprache führte Minister Treviranus aus, daß er als Ostkommissar die umfassende Förderung des ostdeutschen Bauerntums für dringend notwendig erachte und sich für die vorgetragenen Wünsche der Vertreter der Deutschen Bauernschaft im Rahmen seiner Zuständigkeit voll einsetzen werde.

## Grimmes neuer Erlaß.

**Keine Aufnahmeprüfung für die höheren Schulen.**

Berlin, 20. Februar.

**Durch einen Erlaß des preußischen Kultusministers Dr. Grimme wird die Aufnahmeprüfung beim Uebergang von der Grundschule zur höheren Schule abgeschafft. Der Erlaß gilt bereits für die Aufnahmen in die höheren Schulen, die zu Ostern dieses Jahres erfolgen.**

Die Aufnahme erfolgt auf Grund der von den Lehrern der Grundschule aufgestellten Gutachten. Der Erlaß gibt der höheren Schule aber das Recht, ungeeignete Sextaner nach halbjähriger Probezeit noch zurückzuweisen, wenn drei Viertel der Klassenlehrer der Ansicht sind, daß das Kind auf einer höheren Schule nicht mitkommen wird. In diesem Falle müssen die Eltern mindestens ein viertel Jahr vorher benachrichtigt werden. Ferner soll die Gewährung von Schulgeldermäßigung und wirtschaftlicher Unterstützung der Eltern in Zukunft von der Leistung und Eignung der Kinder abhängen.

**Der Erlaß bringt dann noch weiter wesentliche Aenderungen der Versetzungsbestimmungen.**

Während bisher ein Schüler nur aus der Schule ausgeschlossen werden konnte, wenn er in derselben Klasse zweimal nicht versetzt wurde, wird das in Zukunft auch möglich sein, wenn er in zwei aufeinanderfolgenden Klassen nicht versetzt werden kann. Für die Versetzung von Untertertia nach Obertertia sind insofern besondere Bestimmungen getroffen, als Schüler aus der Schule entlassen werden können, wenn drei Viertel der in der Klasse unterrichtenden Lehrer der Ansicht sind, daß ein weiterer Besuch der höheren Schule zwecklos ist. Dasselbe gilt für Schüler, die von Obersekunda nach Unterprima nicht versetzt werden können.

## Der neue Strafvollzug.

Berlin, 19. Februar.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages äußert sich Justizminister Dr. Schmidt über Fragen des Strafvollzugs. Er wies darauf hin, daß die Verordnung für den Strafvollzug in Stufen zunächst nur im Kammergerichtsbezirk in vollem Umfange in Kraft gesetzt worden sei, um die Zweckmäßigkeit der Neuregelung vorsichtig zu prüfen. Es müsse aber schon jetzt gesagt werden, daß sich die Verordnung in vollem Umfange bewährt habe.

**Die Trennung der Gefangenen nach Gruppen und Stufen habe nicht nur die Disziplin in den Anstalten erleichtert sondern sich auch für die Beeinflussung der Gefangenen in erzieherischer Hinsicht aufs beste ausgewirkt.**

Die Kritik, die vorwerfe, man mache die Strafanstalten zu Sanatorien und verwässere die Rechtspflege, beruhe auf einer gewissen Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse im Strafvollzuge. Von den etwa 30 000 Gefangenen kämen überhaupt nur etwa 10 000 für den Stufenstrafvollzug in Betracht. Die übrigen 20 000 Gefangenen hätten kürzere Strafen, so daß die Zeit für eine aufbauende Erziehungsarbeit bei ihnen nicht ausreicht.

## Sprengung des Youngplans.

**Forderung eines dänischen Professors.**

Kopenhagen, 20. Februar.

Der Rektor der Kopenhagener Universität, der bekannte Nationalökonom Professor L. V. Birck, der sich dieser Tage in Oslo aufhält, hat ein aufsehenerregendes Interview gegeben, in dem er Deutschland auffordert, die Youngplanzahlungen bis auf einen Rest von 660 Millionen einzustellen. Birck unterstreicht, daß Deutschland die Reparationszahlungen bisher lediglich durch Anleihen gezahlt habe.

**Die einzelnen deutschen Geschäftsleute säßen mit einer fürchterlichen Zinsenlast da, die sie an die Vereinigten Staaten zu zahlen hätten. Er glaube ernstlich, daß es in Europa als eine sehr große Erleichterung empfunden werden würde, wenn Deutschland den großen Sprung wagen und erklären würde, daß es von dem Youngplan nur noch die 660 Millionen zahlen wolle, die durch Einnahmen der Reichsbahn gesichert seien, und sonst nichts. Natürlich würden England und Frankreich zunächst einmal mit dem Säbel rasseln. Aber er glaube bestimmt, daß sie nicht wieder deutsches Gebiet besetzen würden. Wenn sie sich dann nach 14 Tagen ausgerast hätten, würden sie Amerika mitteilen, daß sie selbst auch nicht bezahlen könnten, was sie Amerika schuldig seien.**

Europa stehe sich nicht gut dabei, daß Deutschland nicht kaufkräftig sei, und daß dieses Land, daß seine Industrien mit geliehenen Geldern rationalisiert habe, als Unterbieter auf dem europäischen Markt auftrete. Auch könne man nicht wünschen, daß die deutschen Industrieherren gezwungen würden, ihre deutschen Arbeiter zu Kulis zu machen.

**Deshalb müsse Deutschland die Initiative ergreifen, und dadurch, daß es den Youngplan sprenge, England und Frankreich Gelegenheit geben, seine eigenen Uebereinkommen mit Amerika zu annullieren.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310221-10/fragment/page=0001

## Die Zolltaktik der Labour-Regierung.

**Englische Wunschlisten.**

London, 20. Februar.

Im Unterhaus suchten Abgeordnete Einzelheiten über die von England eingeleiteten Zolltarifverhandlungen zu erhalten. Der Bergwerksminister bestand aber darauf, daß die den verschiedenen Regierungen gemachten Vorschläge noch vertraulich behandelt werden müßten. Bisher aber habe England noch keine Antwort erhalten.

**Die im Unterhaus gestellten Fragen beruhen übrigens zum Teil auf falschen Voraussetzungen. Die bisherigen Verabredungen zwischen den beteiligten Regierungen gehen zunächst dahin, daß Deutschland und die anderen Staaten nach Erhalt der englischen Wunschliste ihre Gegenlisten überreichen. Es ist also nicht vorgesehen, daß sie schon jetzt eine Antwort auf die englischen Vorschläge erteilen sollen, vielmehr war geplant, daß die englischen Wunschlisten zusammen mit den Gegenlisten der europäischen Festland-Staaten zum Gegenstand einer Konferenz am runden Tisch gemacht werden sollten.**

## Die Absichten der spanischen Regierung.

**Ueber Staatsreform wird nicht verhandelt.**

Madrid, 20. Februar.

Der neuernannte Außenminister Graf Romanones erklärte der Presse, daß die Regierung die Absicht habe, möglichst umgehend eine außerparlamentarische Kommission zu bestellen und ihr die Vorarbeiten für eine Verfassungsreform zu übertragen, die nach ihrer Genehmigung durch den Ministerrat dem König vorgelegt werden soll.

**Der Innenminister teilte mit, die Regierung wolle baldmöglichst die Pressezensur aufheben und die verfassungsmäßigen Garantien wiederherstellen.**

Im übrigen scheint das neue Kabinett die Absicht zu haben, eine weitgehende Amnestie für die gefangenen Politiker zu erlassen. Mit der Bekanntgabe des Regierungsprogramms dürfte nicht vor morgen abend zu rechnen sein. Die Sozialdemokratische Partei und die mit ihr eng verbundene Allgemeine Arbeiter-Union haben ihre Exekutivausschüsse zur Stellungnahme zu der neuen Lage für Sonnabend zusammenberufen.

**Soviel bis jetzt bekannt wird, wird das Regierungsprogramm zunächst Gemeindewahlen für den Monat März vorsehen, um dann darauf im Mai Provinzwahlen folgen zu lassen, worauf wiederum für einige Zeit später, im Juni, die Wahlen für die verfassunggebenden Cortes ausgeschrieben werden. Die Monarchie als Hauptbestandteil der Verfassung wird nicht zur Aussprache gestellt werden.**

Das Programm der neuen spanischen Regierung wird, soweit bisher bekannt, auf sehr breiter Grundlage stehen und sich an dasjenige der Konstitutionellen anlehnen. Die Stadtverordnetenwahlen werden wahrscheinlich im März stattfinden, die Wahlen für die Generalräte im Mai.

**Die Parlamentswahlen sollen im Juni stattfinden.**

Den verfassunggebenden Cortes sollen unumschränkte Rechte zuerkannt werden, d. h. ihre Arbeiten sollen sich nicht auf die Reform einiger Artikel der Verfassung beschränken, sondern sie können, wenn sie dies für notwendig erachten, die gesamte Verfassung ändern.

## Im Zeichen der Abrüstung.

**Vier Milliarden für die französische Kriegsmarine.**

Paris, 19. Februar.

**Die französische Kammer hat am Donnerstag die Beratungen des Haushalts der Kriegsmarine begonnen. Im Vergleich zum Vorjahre weist der neue Plan wiederum eine Erhöhung von über einer Milliarde Franken auf, wenn man die Kredite hinzurechnet, die für den beabsichtigten Bau des 23 000-Tonnen-Kreuzers notwendig und die in dem Regierungsvorschlag noch nicht enthalten sind.**

Der vorläufige Vorschlag sieht eine Gesamtausgabe von 2 856 511 533 Fr. vor, worin jedoch verschiedene Ausgaben für die Verteidigung der Küsten sowie der Kredit für den neuen Kreuzer nicht enthalten sind.

**Man darf also damit rechnen, daß die gesamten Kredite für 1931/32 vier Milliarden erreichen. Im Vorjahre betrug der Haushalt des Marineministers bekanntlich 2¾ Milliarden Franken.**

## Das Ende eines Bruderzwistes.

**Friede zwischen den Mazedonierbünden.**

Sofia, 19. Februar.

**Der Bruderkrieg zwischen den Mazedoniern ist nach zweieinhalbjähriger Dauer mit über 100 Todesopfern durch die Waffenstreckung der Protogerowisten beendet worden. Die Arbeiten eines neutralen Ausschusses angesehener Mazedonier für eine Aussöhnung wurden abgeschlossen, nachdem der Bruder des Protogerowistenführers, Cyrill Perlitschef, erklärt hatte, daß die Protogerowisten den Kampf aufgeben und die einzelnen Gruppen sich auflösen würden. Im Hauptquartier der Imro in Mazedonien wurden gleichzeitig zwischen Iwan Michailow und dem dorthin entführten Führer der Protogerowisten, Popchristoff, Verhandlungen geführt, die ebenfalls mit der Erklärung der Waffenstreckung durch die Protogerowisten endeten.**

Der Friedensschluß umfaßt auch eine Amnestie für die Unterworfenen, denen die Freiheit und das Leben als Privatleute gewährleistet wird. Dem Abkommen Zuwiderhandelnde werden als gemeine Verbrecher betrachtet. Das Ergebnis der Vereinbarungen, das einen Sieg der Imro bedeutet, wird als bedeutendes Ereignis betrachtet und in Sofia mit dem Gefühl einer Erleichterung aufgenommen, da die Bluttaten nun ihr Ende gefunden haben. Die Imro wird noch in diesen Tagen nach der Freilassung Popchristoffs und seinem Eintreffen in Sofia eine offizielle Verlautbarung über die Einstellung der Feindseligkeiten geben.

# Deutsche Tagesschau.

**Burgfrieden zwischen Zentrum und Bürgerpartei in Württemberg.**

**Von zentrumsparteilicher Seite wird mitgeteilt: „Die Auseinandersetzungen zwischen der Zentrumspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Württemberg, die sich an den Aufruf des evangelischen Ausschusses der Deutschnationalen Volkspartei vom 31. Januar d. J. knüpften, haben zu einer Lösung der entstandenen Schwierigkeiten geführt, die den Weiterbestand der bisherigen Regierungskoalition zwischen den beiden Parteien ermöglicht."**

**Die Befragung der Hüttenbelegschaft in Meiderich.**

Die Befragung der Gesamtbelegschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich durch Oberbürgermeister Dr. Jarres hat bisher 3726 zusagende Antworten ergeben. Bekanntlich hatte Oberbürgermeister Dr. Jarres der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Hütte Ruhrort-Meiderich in Betrieb bleiben werde, wenn sich 4400 Arbeiter für die Fortsetzung der Arbeit unter den Bedingungen der Werksleitung bereit erklären sollten.

**Die Erwerbslosigkeit in der Hamburger Schiffahrt.**

Infolge des aufliegenden Schiffsraumes im Hamburger Hafen von etwa 300 000 Tonnen hat die Erwerbslosigkeit bei den Seeleuten ein großes Ausmaß angenommen. Einschließlich der Mannschaften von Leichtern und Schleppern sind in Hamburg rund 12 000 Mann beschäftigungslos. Nach einer Mitteilung des Verbandes deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere sind außerdem 600 Kapitäne und Offiziere ohne Stellung. Ebenso sind 700 Schiffsingenieure stellungslos.

# Auslands-Rundschau.

**Die Arbeitslosenunterstützung in Paris.**

Ein Erlaß des Präfekten der Seine-Provinz setzt die Arbeitslosenunterstützung fest, die in Paris und Umgebung den Arbeitslosen in bar ausbezahlt werden soll. Hiernach erhält jeder Arbeitslose, ganz gleich, ob er verheiratet oder unverheiratet ist, täglich acht Franken. Jedes Kind, das zum Haushalt des Unterstützungsempfängers gehört, erhält außerdem vier Franken, wenn es das 16. Lebensjahr überschritten hat. Kinder unter 16, die selbst nicht arbeiten oder täglich weniger als vier Franken verdienen, erhalten 3,50 Franken. Alle weiteren Familienmitglieder, soweit sie zum Haushalt des Arbeitslosen gehören, erhalten 2,50 Franken. Der den Arbeitslosen gewährte Unterstützungsbeitrag darf jedoch in keinem Falle achtzehn Franken täglich übersteigen.

**Der Kampf gegen die Religion.**

Am 1. März werden in der Roten Armee 200 Schulen eingerichtet werden, in denen Propagandisten für den Kampf gegen die Religion in der Roten Armee und Marine ausgebildet werden. Nach einer besonderen Vereinbarung zwischen der politischen Verwaltung der Roten Armee und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei wurde ein besonderer Plan aufgestellt, nach dem bis zum 1. Januar 1933 kein Rotarmist mehr Angehöriger irgendeiner Religionsgemeinschaft sein darf.

**Neue Besprechung zwischen Gandhi und dem Vizekönig.**

Die Besprechungen zwischen dem Vizekönig von Indien und Gandhi wurden in einer dreistündigen Unterredung fortgesetzt. Gandhi, dessen optimistische Stimmung weiter als ein günstiges Zeichen angesehen wird, erklärte beim Verlassen des Palastes, daß in den nächsten Tagen keine Verhandlungen stattfinden. Offenbar will man die Ankunft des Vallabhai Patel abwarten, der von Gandhi dringend nach Delhi berufen wurde. Dieser wird als der künftige Präsident des Nationalkongresses angesehen.

## Kleine politische Meldungen.

**Kündigung der Lohntarife in der schlesischen Textilindustrie.** Der Verband Schlesischer Textilindustrieller hat alle lohntariflichen Vereinbarungen zum 31. März 1931, dem frühesten möglichen Termin, gekündigt.

**Aenderung der polnischen Verfassung?** Der Vize-Sejmmarschall und Mitglied des Vorstandes des Regierungsblocks, Polakiewicz, hat erklärt, daß die wichtigste Aufgabe, die zu lösen dem Sejm noch bevorstehe, die Aenderung der Staatsverfassung sei.

**1600 Proteste gegen die letzten Wahlen in Polen.** Bis jetzt sind nach einer Zusammenstellung des Höchsten Gerichtes 1600 Proteste gegen die letzten Wahlen zum Sejm und zum Senat aus den einzelnen Wahlkreisen eingereicht worden.

**Arbeiterunruhen in Paraguay.** Die Regierung von Paraguay hat wegen Arbeiterunruhen über die Hauptstadt Asuncion und elf andere Städte das Kriegsrecht verhängt.

## Aus der Umgegend

Nebra, 21. Februar.

— **Kirchliches.** Am morgenden Sonntag findet der Hauptgottesdienst ausnahmsweise am Nachmittag um ½4 Uhr statt. Dadurch wird manchem Gemeindeglied, das vormittags sich schwer frei machen kann, Gelegenheit geboten, eher am Gottesdienst teilnehmen zu können. Der Gottesdienst wird von Herrn Pastor Giesewetter-Kleinwangen im Gemeindesaal gehalten. — Gleichzeitig wird noch einmal empfehlend auf den am Mittwoch, dem 25. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof" stattfindenden Missions-Abend aufmerksam gemacht. In fünf Teilen soll der Film „Gottes Wundertaten unter dem Batakevolk in Sumatra" vorgeführt werden. Man begleitet einen Missionar von Barmen nach Sumatra, tut Blicke in die Eigenart der Landschaft und ins batakische Volksleben, bekommt einen Eindruck von dem batakischen Heidentum, die nächsten Teile führen in die Zeit der Missionierung, schildern die christliche Jugendarbeit und das vielseitige heutige Gemeindeleben. Zwischen die einzelnen Teile werden gemeinsame Lieder und Gesänge des Gemischten Chors eingeschoben. Den Begleitvortrag wird voraussichtlich wieder Missionar Beisenherz halten. Der Eintrittspreis ist im Blick auf die hohen Unkosten niedrig zu nennen: Er beträgt für Erwachsene 50 Pfg., für Kinder 25 Pfg. Die Karten sind in der Pfarre oder an der Abendkasse zu haben. Der Besuch wird noch einmal herzlich empfohlen.

— **Innere Mission.** Der Vaterländische Frauenverein, dessen Ziel immer war und ist: „Wohltuten und mitzuteilen", will weiteren Kreisen vor Augen führen, was die Organisation für die der christlichen Hilfe bedürftigen Kinder und Altersschwachen in seinen Heimen bietet. Am Sonntagabend werden im Saale der „Sorge" mittels zahlreicher Lichtbilder die Arbeiten des Cecilienheims in Halberstadt vor Augen geführt werden. Möchten recht viele Frauen und Männer sich durch Inaugenscheinnahme der Bilder neue Kraft werben zur weiteren Mitarbeit an der Frauenvereinssache, evtl. sie zum Eintritt in die Reihe der im Dienste christlicher Hilfsarbeit tätigen Frauen anregen.

— **Bunter Abend.** In den oberen Räumen der „Burg" sind in den letzten Tagen große Ausschmückungsarbeiten durchgeführt worden, um für den am heutigen Abend stattfindenden „Bunten Abend" ein stimmungsvolles Lokal vorzubereiten. Feenhaft ist die Ausstattung, alles, was nur irgendwie geeignet sein kann, das Auge zu erfreuen, wurde herbeigebracht, und der auf das Wohl seiner Gäste immer bedachte Festmarschall Herr Möder hat für Unterhaltung und sinnreiche Ueberraschungen aufs beste gesorgt. Noch nie dagewesen!" wird jeder ausrufen, wenn er in vorgerückter Stunde die Gasträume verläßt und den Heimweg antritt.

— **Preisskat.** Es ist noch immer nicht entschieden, wer für die nächste Zukunft wirklicher Skatmeister von Nebra ist. Am morgigen Sonntag soll die Ernennung nach dem Preisskat in der „Sorge" erfolgen. Großer Ruhm, noch obendrein versüßt durch eine klingende Beigabe ist zu erstreiten. Darum heran ihr Skater, es leben die Wenzel und die Däuser!

— **Die Stadtlichtspiele** warten am morgigen Sonntag mit einem Großstadtprogramm auf: zwei gewaltige Filmwerke laufen über die Leinwand. „Der Feldmarschall" betitelt sich der erste Film und führt den Zuschauer auf die Rennbahn, wo er mit den guten, aber auch mit den Schattenseiten eines Derbys bekannt gemacht wird. Im zweiten Film wird ein Frauenschicksal gezeigt werden, in dem der Fluch der Sinne sich widerspiegelt und das die sittlichen Gefahren der Großstadt andeutet.

— **Maskenball in Großwangen.** Zwar etwas verspätet, aber er kommt, nämlich der lustige Prinz, auch nach Großwangen, um dort die Parade über seine Getreuen abzunehmen. Die Damenwelt hat eifrig gerüstet, es werden stattliche Kostümträgerinnen miteinander in Konkurrenz treten. Für Zuschauer gibt es auch viel Schönes und Interessantes zu sehen.

— **Im Turnbezirk Artern** finden in diesem Jahre voraussichtlich folgende Veranstaltungen statt: 14. 3.: Rückkampf der Landvereine gegen Artern. 12. 4.: 1. Bezirksvorturnerstunde in Artern. 17. 5.: 2. Bezirksvorturnerstunde in Artern. 31. 5.: Bezirksturnfest in Ebersleben. 7. 6.: Platzweihe in Artern. 5. 7: 25jähriges Jubiläum des Turnvereins Schönewerda. 30. 8: Höchstleistungsturnen in Roßleben. 20. 9.: 3. Bezirksvorturnerstunde. 27. 9.: 1. Bezirkslehrstunde in Nebra. 11. 10.: 2. Bezirkslehrstunde in Helbrungen. 31. 10. und 1. 11.: Gaulehrstunde (und Bezirksangelegenheiten) in Artern. 18. 11.: 3 Bezirkslehrstunde in Roßleben. 22. 11.: 4. Bezirkslehrstunde in Frankenhausen.

— **Vom roten Kreuz.** Nach einer neuen Statistik werden im Rahmen der Gesundheitspflege des Roten Kreuzes 76 Krankenanstalten, 9 Heilstätten für Tuberkulöse und Krüppel, 57 Säuglingsheime und 92 Erholungsheime unterhalten. Insgesamt dienen 417 Anstalten und Einrichtungen mit 19 006 Betten der geschlossenen Fürsorge.

## Termine in Strafsachen am 19. Februar 1931.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meischeider, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizobersekretär Thiele, Protokollführer: Justizangestellter Schlüter.

1) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von zwei Wochen Haft hatten die Arbeiter Karl Heine und Bernhard Lange, beide aus Nebra a. U., gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihnen zur Last gelegt, die §§ 5 und 12 der Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 15. 12. 1929 übertreten zu haben. Die Strafe wurde heute auf 20 RM. (evtl. 4 Tage Haft) und die Kosten des Verfahrens herabgesetzt.

2) Angeklagt wegen schweren Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle war der Arbeiter Paul Launicke aus Nebra, jetzt in Gleina. Er wurde beschuldigt, gemeinschaftlich mit dem Arbeiter Karl Herzau aus Naumburg im Jahre 1928 21 Kilo Kupferdraht von der Gewerkschaft Orlas entwendet zu haben. In Anbetracht seiner Vorstrafen wurde er heute zu 1 Jahr Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Launicke wurde wegen Fluchtverdacht sofort in Untersuchungshaft genommen. — Herzau ist bereits im Jahre 1929 bestraft worden.

3) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 30 RM. hatte der Bäcker Erich Opel in Pretitz-Bitzenburg gerichtliche Entscheidung beantragt. Er soll am 19. Oktober 1930 auf der Großwangener Straße in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr als Führer seines Kraftwagens durch leichtsinniges und fahrlässiges Fahren Menschenleben gefährdet haben. Er wurde wegen Uebertretung der §§ 4 Absatz 1 Ziffer 5, 22. Absatz 1, 21 Absatz 1 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 zu 100 RM. und die Kosten des Verfahrens verurteilt.

4) Angeklagt wegen Diebstahls war der Bergmann Otto Walter aus Großwangen. Es wurde ihm zur Last gelegt, von dem Helldorff'schen Forst in Nebra 15 Stück Bohnenstangen im Werte von 1,50 RM. entwendet zu haben. In Anbetracht der Geringfügigkeit wurde das Verfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

6) In der Privatklage des Landwirts Walter Böhme in Kirchscheidungen gegen die Händlerin Fräulein Minna Böttger daselbst wegen Beleidigung schlossen die Parteien in dem heutigen Hauptverhandlungstermin einen Vergleich dahin: „Die Beklagte nimmt die Beleidigung, falls sie eine solche getan hat, mit Bedauern zurück und übernimmt sämtliche Kosten, einschließlich der Kosten des Verteidigers des Privatklägers".

**Heygendorf.** (Feuer.) Am Sonnabend nachmittag in der dritten Stunde wurde die Allstedter Motorspritze nach Heygendorf angefordert. Die mittlere Schachtvilla, die von Frau Birnbaum bewohnt ist und in der erst kürzlich ein Brand ausgebrochen war, stand in Flammen. Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß Brandstiftung vorliegt.

**Artern.** Die hiesige Polizei hat in den letzten Tagen unvermutet eine Milchrevision vorgenommen, bei der 8—10 Teile Wasser in der Milch amtlich festgestellt wurden.

**Hauteroda** Eine unglaubliche Frechheit erlaubte sich ein Fuchs am Dienstag abend 9 Uhr, indem er in die Wohnung des Maurers Bruno Worgt eindrang. In dem freistehenden Hause hatte er es scheinbar auf Hühner abgesehen und sich dann verirrt. Da das Gepolterе im Hausflur nicht nachließ, sah Frau Worgt nach und schloß die Haustür zu. Vor Schrecken bemerkte sie hinter sich einen Fuchs, worauf ihr Mann Licht anzündete und nun begann der Kampf. Der Fuchs flüchtete auf einen Schrank, wo ihm Herr Worgt den Garaus machte.

**Döllnitz** (Saalkreis). Von Wegelagerern überfallen. Ein Angestellter einer Versicherungsgesellschaft wurde in der Nähe von Osendorf von mehreren Männern überfallen. Er setzte sich zur Wehr, wobei er mehrere Messerstiche in den Kopf erhielt und schließlich bewußtlos zusammenbrach. Dann raubten die Wegelagerer ihrem Opfer etwa 200 RM und flüchteten. Bisher ist es noch nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310221-10/fragment/page=0002

**Dessau.** Donnerstagfrüh 4 Uhr erschoß der in Anhalt bekannte Bandit, der Arbeiter Paul Chwalinski aus Würslau (Kreis Köthen) den Oberlandjäger Pfeil, der ihn in seiner Wohnung verhaften wollte. Drei weitere Landjäger warfen danach Handgranaten nach dem Verbrecher, dem es aber infolge des dichten Nebels gelang zu entkommen. Ch. hatte bereits im vorigen Jahre einen Oberlandjäger zum Krüppel geschlagen. Er wurde damals zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, doch gelang es ihm, aus der Strafanstalt zu entfliehen.

Dazu werden uns folgende Einzelheiten gemeldet: Die Landjägerei hatte erfahren, daß der wegen des Ueberfalls auf den Landjäger Laurich zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte und aus dem Zuchthaus in Coswig geflüchtete Verbrecher Chwalinski sich im elterlichen Grundstück in Würslau aufhalte. In der Nacht zum Donnerstag umstellten vier Landjäger das Gehöft. Als sie in das Haus eindringen wollten, wurden sie von dem schwerbewaffneten Verbrecher sofort mit schnell aufeinanderfolgenden Schüssen empfangen. Der Oberlandjäger Pfeil aus Trebbichau erhielt einen Kopfschuß und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Ein zweiter Landjäger entging nur durch rasches Bücken einem auf ihn gerichteten Schuß. Der Verbrecher gab ungefähr zwanzig Schüsse ab, die die Beamten erwiderten, ohne aber Chwalinski zu treffen. Als die Munition verschossen war, warfen die Beamten Handgranaten gegen den Verbrecher, der schließlich in dem dichten Nebel unverletzt entkommen konnte. Das Dessauer Ueberfallkommando nahm sofort die Verfolgung auf, ohne ihn bisher stellen zu können.

**Jeßnitz (Anhalt).** Trübe Finanzlage. In der letzten Stadtverordnetensitzung gab der Bürgermeister ein eingehendes Bild von der äußerst schwierigen Finanzlage der Stadt. Ab 23. Januar muß der Regierung jeden Tag über alle Ausgaben genau Bericht erstattet werden. Eine große Zahl Rechnungen im Betrage von 10 000 RM ist noch nicht bezahlt. Es sei fraglich, ob am 1. März die Gehälter und Löhne gezahlt werden können.

**Torgau.** Schweres Autounglück. Dicht vor Mockrehna geriet infolge Platzens zweier Reifen ein mit vier Personen besetzter Wagen eines Fleischermeisters aus Doberschütz ins Schleudern, fuhr in den Chausseegraben und überschlug sich. Von den vier Insassen wurden drei schwer verletzt. Nur der Führer des Wagens kam mit leichten Abschürfungen davon. Die Verletzten wurden in das Eilenburger Krankenhaus übergeführt.

**Wanzleben.** Grippeepidemie. Unter den Schulkindern ist hier eine Grippeepidemie in einem solchen Umfange ausgebrochen, daß mehrere Klassen der evangelischen Schule geschlossen werden mußten.

**Osterburg (Altmark).** Neue Waffenfunde. Durch Beamte der Landeskriminalpolizeistelle Magdeburg und der Landjägerei wurden in Lohne sechs Militärgewehre gefunden und polizeilich sichergestellt. Gegen die Besitzer der Waffen wurde Anzeige erstattet.

**Wernigerode (Harz).** Wiederherstellung des Löns-Gartens. Der 1400 Quadratmeter große Botanische Garten auf dem Brocken, der zum Andenken an den Dichter Hermann Löns den Namen Löns-Garten erhielt, soll wieder hergestellt werden. Der Garten wurde 1900 auf Initiative der Universität Göttingen angelegt und enthielt u. a. auch verschiedene arktische und alpine Pflanzen sowie sibirische Nadelhölzer. Seit der Inflationszeit ist der Garten jedoch vernachlässigt worden, und die Flora ist zum Teil vernichtet. Die Erneuerung des Gartens wird von der Brockengemeinschaft zur Pflege des Harzer Kulturkreises und vom Botanischen Institut in Göttingen durchgeführt.

---

### Mord in der Faschingsnacht?

**Kulmbach,** 20. Februar. In der Nähe von Lehenthal wurde ein 17 Jahre altes Mädchen namens Margarethe Müller aus Neusand tot aufgefunden. Das Mädchen ist nach den Ermittlungen offenbar einem Mord in der Faschingsnacht zum Opfer gefallen. Als mutmaßlicher Täter ist ein junger Mann aus der Umgebung verhaftet worden.

### Der Leipziger Waffendiebstahl-Prozeß

Am vierten Verhandlungstage wurde mit der Vernehmung des Angeklagten Döring fortgefahren. Er betonte immer wieder, daß bis zuletzt Unklarheit über das Unternehmen bestanden hätte, also von einem einheitlichen Plan nicht die Rede sein könne. Es wäre nur immer von Waffen gesprochen worden, die sich unter Duldung der Reichswehr im Besitz rechtsstehender Kampfverbände befänden. Wenn sie, die Angeklagten, diese Waffen fortgenommen hätten, so hätte ihnen jede Hochverratsabsicht ferngelegen. Er gibt zu, nach der Tat an Pestner 500 RM ausgezahlt zu haben; von den restlichen 200 RM, die Pestner bekommen hat, will er nichts wissen ebensowenig auch an der Verpackung der Waffen beteiligt gewesen zu sein. Zu den politischen Zielen der Partei übergehend, stellt er fest, daß es grundfalsch wäre anzunehmen, die Partei würde bei jeder beliebigen Gelegenheit losschlagen. Das werde vielmehr erst bei Vorliegen einer „akutrevolutionären Situation" geschehen. Die Waffen würden dabei sogar eine untergeordnete Rolle spielen gegenüber der viel schärferen Waffe des politischen Generalstreiks. **Im übrigen hätte die KPD derart große Waffenangebote von anderer Seite, daß sie sich keineswegs darauf verlassen müßte, „einige Maschinengewehre bei der Reichswehr zu mausen".**

Der Angeklagte Hoffmann, in den Kreisen seiner Gesinnungsgenossen als „General Hoffmann" bekannt stellt fest, daß in den imperialistischen Staaten die Waffen immer im Besitz der Gegner der Arbeiterschaft seien und dazu dienten, diese niederzuhalten. Die KPD als solche könne die Angeklagten schon aus dem Grunde nicht mit der Durchführung des Waffendiebstahls betraut haben, weil die Beteiligten sich restlos in einer scharfen Oppositionsstellung zur Partei im Hinblick auf politisch-taktische und organisatorische Fragen befunden hätten. Im Gegenteil, es wäre sogar damit zu rechnen gewesen, daß die Partei die ganze Aktion verboten hätte. Im Hinblick auf die Bestrebungen zur Errichtung einer faschistischen Diktatur sei die Arbeiterschaft nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die faschistischen Vorbereitungen zu durchkreuzen, auch durch Wegnahme von illegalen Waffenlagern. Nach der zweiten Besprechung habe er Pestner bis zur Ausführung der Tat nicht mehr gesehen und gesprochen. Erst am Morgen des 24. Februar habe er Kenntnis von der am 22. erfolgten Tat erhalten.

Zum Schluß der Sitzung wurde noch der Lohnfuhrunternehmer Klepsch jun. vernommen, der die beiden Lastautos zum Verladen der Waffen zur Verfügung gestellt hatte. Er gab an, zunächst nicht gewußt zu haben, daß es sich um illegale Dinge handle, da man ihm von einem Umzug gesprochen habe. Erst als er erfuhr, daß die Fahrt zu den Kasernen gehen sollte, sei er bedenklich geworden. Pestner habe aber zu seiner Beruhigung seinen militärischen Ausweis vorgewiesen. Am Verladen habe er sich nicht beteiligt. Ueber den Leiter des Unternehmens könne er keine Angaben machen. — **Weiterverhandlung Freitagvormittag.**

### Gewerbesteuervorlage angenommen.

**Berlin,** 20. Februar. Der Hauptausschuß des Landtags nahm die Regierungsvorlage über die Gewerbesteuer an. Annahme fand auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei, bei der Einbeziehung der Steuer auf die Notlage weitester Gewerbetreibender Rücksicht zu nehmen, insbesondere, wenn ein Ertrag nach kaufmännischen Begriffen nicht erzielt ist. Zur Vorlage selbst fand noch eine Ergänzung Annahme, wonach gegenüber den Bestimmungen der Reichsnotverordnung die Einlegung von Rechtsmitteln durch den Steuerschuldner erleichtert wird.

### Haftbefehl gegen einen Berliner Notar.

**Berlin,** 20. Februar. In Berliner Anwaltskreisen erregt das Verschwinden des Rechtsanwalts und Notars am Kammergericht, Dr. Ludwig Goldberg, großes Aufsehen. Soweit bisher feststeht, hat sich Goldberg Unterschlagungen in Notariatsstempelgebühren zuschulden kommen lassen. Da er sich verborgen hält, hat der Untersuchungsrichter Haftbefehl erlassen.

### Auch Hamburg gegen den Schenkervertrag.

**Hamburg,** 20. Februar. Auf eine Anfrage wegen des Vertrages der Deutschen Reichsbahn mit der Speditionsfirma Schenker u. Co., erwiderte der Senat in der Bürgerschaft, daß er den Gesandten in Berlin beauftragt habe, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die bedenkliche Wirkung dieses Vertrages für das hamburgische Speditionsgewerbe hinzuweisen. Der Antrag auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag wurde abgelehnt.

## Kommunistische Tumulte in Danzig.

### Mehrere Nationalsozialisten schwer verletzt.

Danzig, 19. Februar.

**In der Innenstadt kam es zu großen kommunistischen Zusammenrottungen und zu schweren Ausschreitungen der Menge. Auf dem Wege vom Arbeitsamt zum Parteibüro wurden in der Häker-Gasse vier Nationalsozialisten von etwa 150 Kommunisten verfolgt, mit Schlagringen niedergeschlagen und, am Boden liegend, mit Stöcken und Messern bearbeitet. Während zwei der Ueberfallenen leichtere Verletzungen erlitten, wurden die beiden anderen durch Messerstiche in den Rücken und in die Hüfte schwer verletzt.**

Als vom Parteibüro mehrere Nationalsozialisten ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, wurden sie in der Breit-Gasse von annähernd 400 Kommunisten ebenfalls mit Schlagringen und Messern zu Boden geschlagen. Auch von diesen Nationalsozialisten wurden zahlreiche mehr oder weniger schwer verletzt.

---

## Neues aus aller Welt.

**Politische Zusammenstöße.** In Berlin-Weißensee wurden Angehörige der NSDAP. von Kommunisten überfallen und mit Schlagringen und anderen Gegenständen derart zugerichtet, daß drei Nationalsozialisten mit Kopfverletzungen dem Krankenhaus Weißensee zugeführt werden mußten. Den Tätern gelang es, zu entkommen, bevor die Polizei auf dem Kampfplatz erschien. — Auch in der Westerlandstraße in Berlin-Pankow wurden zwei Nationalsozialisten überfallen und mit Schlagringen bearbeitet, so daß sie Verletzungen im Gesicht davontrugen. Zwei Personen wurden festgenommen und der politischen Polizei zugeführt. Sie bezeichnen sich als parteilos.

**Selbstmordversuch eines Senatspräsidenten.** Der 68jährige frühere Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Walter von Uklanski, versuchte sich in seiner Wohnung in Charlottenburg durch einen Schuß in die Schläfe zu töten. Er wurde in hoffnungslosem Zustand in das Hildegard-Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat dürfte in unheilbarer Krankheit zu suchen sein.

**Eisenbahnbeamter beim Rangieren tödlich verunglückt.** Auf dem Güterbahnhof Neukölln-Treptow geriet ein Eisenbahnbeamter beim Rangieren eines Güterzuges unter einen anrollenden Wagen und wurde überfahren. Seinen schweren Verletzungen ist der Beamte kurze Zeit darauf erlegen.

**Noch keine Spur von den Königsberger Tätern.** Den Ermittlungen der politischen Polizei unter Kriminalkommissar Brachwitz ist es bisher noch nicht gelungen, irgendwelche Anhaltspunkte für die Ergreifung der Täter von Röntgental zu finden. Zahlreiche Zeugenaussagen, die zum Teil in Widerspruch zueinander stehen, konnten noch kein Licht in das Dunkel bringen.

**Feuergefecht mit einem entsprungenen Zuchthäusler.** Aus dem Zuchthaus Coswig war der zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilte Paul Kwalinski entsprungen und hatte sich in seinen Heimatsort Würslau in Anhalt begeben. Als hier Landjäger die Wohnung nach dem Entsprungenen durchsuchten, wurden sie von Kwalinski beschossen. Einer der Landjäger wurde durch Kopfschuß schwer verletzt. Der Täter ergriff darauf die Flucht und konnte infolge des dichten Nebels unerkannt entkommen.

**Die Ostseefahrt des „Zeppelin".** Anläßlich der Eröffnung des Ostseejahres am Himmelfahrtstage in Lübeck wird „Graf Zeppelin" von Lübeck aus eine große Ostseefahrt unternehmen. Er wird am 14. Mai, von Berlin kommend, in Lübeck landen und nach einstündigem Aufenthalt zu seinem großen Ostseeflug starten. Die achtstündige Fahrt führt durch das gesamte Ostseegebiet und wird voraussichtlich alle Staaten an der Ostsee berühren. Nach dieser Rundfahrt wird der Zeppelin am gleichen Tage wieder in Lübeck landen, um dann nach nochmaligem einstündigen Aufenthalt die Rückfahrt anzutreten.

**Sturmwarnungen für die westliche Ostsee.** Die dänische Wetterwarte hat für das westliche Gebiet der Ostsee auf der Strecke Gjedser—Bornholm Sturmwarnungen ausgegeben.

**Die Bonner Waffenfunde vor dem Schnellrichter.** Vor dem Bonner Schöffengericht kamen im Schnellverfahren die Waffenfunde in dem nationalsozialistischen Parteibüro am 13. Februar zur Verhandlung. Angeklagt waren zwei Kraftwagenführer, denen zur Last gelegt war, verbotene Militärwaffen besessen zu haben. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie von dem Vorhandensein der Waffen in dem Parteibüro Kenntnis hatten.

**Starke Schneeverwehungen im Bezirk Trier.** Die Reichsbahn mußte im Bezirk Trier infolge der starken Schneefälle und Schneestürme der letzten Tage ihren Schneeschutzdienst einsetzen, um den Eisenbahnverkehr zu sichern. Auf den Streckenabschnitten Hermeskeil—Schillingen, Hermeskeil—Türkismühle, Gerolstein—Jünkerath—Losheim mußten Schneepflüge eingesetzt werden. Es ist so gelungen, größere Störungen zu vermeiden. Lediglich auf dem Bahnhof Arzfeld ist eine im Nebengleise rangierende Lokomotive des Prümer Marktzuges infolge starker Schneeverwehungen und Vereisung der Schienen entgleist. Die Reisenden des Zuges erlitten einen Aufenthalt von knapp einer Stunde.

**Die Bahnlinie Sofia—Stambul infolge Ueberschwemmung unterbrochen.** Infolge Ueberschwemmung der Bahnlinie Sofia—Stambul zwischen der bulgarischen Grenze und Adrianopel ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen. Auch der Simplon-Expreß kann nur bis Sofia verkehren.

**Auto vom Zuge erfaßt.** Ein aus Barcelona kommendes Privatauto ist bei einem Eisenbahnübergang in der Nähe von Gerone vom Zuge erfaßt und zertrümmert worden. Drei Insassen, Schauspieler französischer und spanischer Nationalität, wurden getötet, zwei andere erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

**Die Genickstarre-Epidemie in England.** In den letzten Tagen haben sich unter der Zivilbevölkerung Englands neue Todesfälle der Genickstarre ereignet, so daß sich die Zahl der Toten gegenwärtig auf 16 beläuft. Die letzten Todesfälle kamen in Yorkshire und Sheffield vor wo sich zur Zeit noch 13 Personen im Krankenhaus befinden.

## Schwere Unwetter über Italien.

### Venedig und Neapel teilweise überschwemmt.

**Rom,** 20. Februar.

Aus allen Teilen Italiens werden schwere Unwetter gemeldet, die sich im Norden in Schneestürmen und im Süden in Regengüssen und Gewittern auswirken.

**Der Markusplatz in Venedig steht infolge des außergewöhnlich hohen Standes des Meeresspiegels 20 Zentimeter unter Wasser.**

Aus Mailand und Umgebung wird starker Schneefall gemeldet, der viele Unfälle verursachte. Die Straße Parma—Spezia ist stellenweise durch Schneeverwehungen gesperrt. Im Hafen von Livorno führte der Sturm zum Zusammenstoß mehrerer dort vor Anker liegenden Schiffe, die beschädigt wurden. Ueber Rom und Neapel entluden sich schwere Gewitter.

**In Neapel sind einige Stadtteile überschwemmt.** Im Bergland von Belluno gehen zahlreiche Lawinen nieder. Die Eisenbahnstrecke Belluno—Calazo ist unterbrochen. Eine Lawine zerstörte die Starkstromleitung, so daß ein Teil der Stadt Belluno ohne Licht ist.

---

## Deutsche Industrie auf der Frühjahrsmesse in Utrecht vertreten!

Zum ersten Mal ist die gesamte deutsche Industrie auf der Utrechter Messe offiziell vertreten, und zwar auf der Frühjahrsmesse vom 10.—19. März d. Js., wo das Deutsche Ausstellungs- und Messe-Amt in Verbindung mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten ein Deutsches Informationsbüro auf dem Messegelände einrichten. Die Auskunftsstelle wird von Herrn Direktor P. W. Ullrich, in Amsterdam-C., Keizlergracht 456, dem Vertrauensmann deutscher Industrie- und Wirtschaftsverbände für das Ausland, ehrenamtlich geleitet. (Herr Ullrich ist ein Roßleber Landsmann, Sohn des früher hier amtierenden Herrn Pfarrers Ullrich.)

Es ist sehr zu begrüßen, daß gerade in Holland, dem Land des Freihandels, katexochen mit seinen niedrigen Zollmauern, unsere deutsche Industrie ihre Geschäftsverbindungen ausbreitet, wozu ja unzählige Möglichkeiten bestehen. Bekanntermaßen nimmt Holland unter den Abnehmern von Deutschland die erste Stelle ein. Und die Utrechter Messe, auf der im September 1930 über 180 deutsche Firmen ausgestellt hatten und somit an der Spitze sämtlicher ausländischen Beteiligter standen, gewinnt von Jahr zu Jahr mehr an internationaler Bedeutung. Ueber 100000 Besucher hat man auf der Herbstmesse 1930 gezählt und fast ausschließlich nur Geschäftsleute aus Holland, seinen Kolonien und aus aller Herren Länder, denn dem Besuch von Privatleuten wird durch die Teilnehmer selbst entgegengearbeitet. Sämtliche Industriezweige sind vertreten, und die Nachfrage nach Ständen für die Frühjahrsmesse war so groß, daß viele Gesuche zurückgewiesen werden mußten; daher wird zur Frühjahrsmesse 1932 ein weiteres großes Ausstellungsgebäude beigebaut. An der kommenden Frühjahrsmesse beteiligt sich außerdem als Sondergruppe die Gruppe Baumaterialien und Straßenbau.

Gegen einen ganz minimalen Betrag können sich deutsche Firmen durch Auslage von Prospekten, Katalogen, Mustern usw. an dieser Frühjahrsmesse beteiligen und es ist zu hoffen, daß recht viele von dieser so außerordentlich günstigen Gelegenheit Gebrauch machen.

Interessierte Firmen wenden sich zweckmäßigerweise sofort direkt an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausstellungs- und Messe-Amtes, Berlin W. 10, Königin-Augustastr. 28, um die näheren Einzelheiten zu erfahren.

---

## Spiel und Sport

### Nebraer Sportvereinigung 1924

Morgen finden folgende Spiele statt:

Die I. Fußballherrenmannschaft und die Damenballelf fahren nach Halle zum V. f. L. 96 zu Freundschaftsspielen. Die 1. Mannschaft spielt gegen eine Sondermannschaft, während die Damen gegen die II. Elf (Handball) vom V. f. L. 96 spielen. Die III. Elf hat im Verbandsspiel auf unserem Platz V. f. L. Weißenschirmbach II als Gegner. Das Spiel halten wir für offen. Anschließend spielen die Schüler gegen die gleiche Mannschaft des L. B. C. Laucha.

---

## Kirchliche Nachrichten

**Invocavit,** den 22. Februar.

Sonntagsspruch: Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?
(Math. 16, 26.)

**½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindesaal.**
**2 Uhr:** Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im **Gemeindesaal.**
**¾4 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindesaal.** (Predigt: Herr Pastor Giesemetter-Kleinwangen.)

Kollekte für die Jugendarbeit der Kirche.

Mittwoch, den 25. Febr., abends 8 Uhr: Vorführung des Sumatrafilms im „Preuß. Hof".

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurden am 15. Februar Hannelore Roswitha Becker und Klaus Hans-Dieter Kurzhals.

Beerdigt wurden am 16. Februar das Kind Ingeborg Krämer im Alter von 5 Monaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310221-10/fragment/page=0003

## Die Internationale Auto-Ausstellung.

**Eröffnung ohne besondere Feierlichkeiten.**

Berlin, 20. Februar.

**Die große Internationale Automobilausstellung Berlin 1931 wurde in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm ohne besondere Feierlichkeit in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eröffnet.**

Unter den Ehrengästen befanden sich der Reichsverkehrsminister von Guérard, der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, und der Berliner Bürgermeister Scholtz. Die eigentliche Feier wurde durch einen Marsch der Kapelle Becker eröffnet. Offizielle Ansprachen fanden nicht statt. Um 11 Uhr wurden bereits die Hallen für den allgemeinen Besuch geöffnet. Besonders umlagert sind die Stände der Kleinwagen und der großen deutschen Automobilfirmen.

### Lautsprecher im Omnibus.

Unter den technischen Neuerungen, die man auf der Internationalen Automobil-Ausstellung in Berlin zu sehen bekommt, fällt ein Reiseomnibus auf, den die Firma Krupp mit einer Siemens-Verstärkeranlage ausgerüstet hat. Im Innern des Wagens ist ein Lautsprecher angebracht, der vom Führersitz aus über ein Mikrophon und einen Verstärker besprochen wird. Der Führer kann mit Hilfe dieser Einrichtung die Ortsnamen und Haltestellen ansagen, was ortsunkundigen Fahrgästen sehr willkommen sein wird. Wird der Omnibus zu Rundfahrten und Fremdenführungen benutzt, so kann der Führer die Fahrgäste auf Sehenswürdigkeiten usw. aufmerksam machen.

**Ex-König Ferdinand von Bulgarien 70 Jahre.**

**Geheimrat Borsig 25 Jahre Vorsitzender des VDMI.**

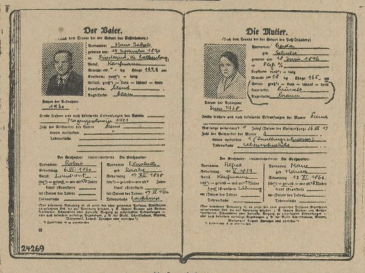
Geheimrat Dr. h. c. Ernst von Borsig beging sein 25. Jubiläum als Vorsitzender des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.

**Auktion in Schloß Glienicke.**

In Schloß Glienicke bei Potsdam fand die bereits angekündigte Versteigerung der wertvollen Kunstschätze und des historischen Mobiliars statt. Unser Bild zeigt die Versteigerung. Diener in der alten Livree bringen die Versteigerungsobjekte herbei.

### Zur Frage der Rauchverhütung.

Anläßlich der Genehmigung des im Stadtinnern von London zu errichtenden Großkraftwerks Betterjea wurde ausgiebig die Frage der Rauchverhütungsvorschriften erörtert, eine Frage, die allgemein in allen Industriestädten und -ländern an Bedeutung gewinnt. Um das Genehmigungsverfahren in London zu vereinfachen, hatten die Behörden durch einen besonderen Ausschuß ein Gesetz vorbereitet mit gewissen Schärfen gegen alle Anlagen, die als Raucherzeuger in Frage kommen. Der Entwurf dieses Gesetzes ist von den maßgebenden Behörden, denen er zur Genehmigung vorgelegt wurde, in einigen Teilen erheblich gemildert worden, und zwar anscheinend auf Grund des Einspruchs der hiervon betroffenen Industrien. Die neue Fassung, die nunmehr zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden wird, sieht vor, daß gewisse Industrien von den Forderungen des Rauchbekämpfungsgesetzes ausgenommen sein können. Dieses Londoner Rauchbekämpfungsgesetz, dessen Wirkungskreis auf den Londoner Stadtbezirk begrenzt ist, ist ein örtlicher Zusatz zu dem National Smoke Abatement Act von 1906, dem Grundgesetz, das in ganz Großbritannien gilt. Da sich herausgestellt hat, daß sich in dem Gesetz von 1906 keine eindeutige Erklärung des Begriffes „Rauch" befindet, werden jetzt besondere, vom Gesundheitsministerium veranlaßte Untersuchungen stattfinden, um diesen Begriff genauer zu umschreiben. Diese Versuche, die auf die Feststellung der Zusammenhänge zwischen Rauchdichte und Rauchfarbe ausgehen, sind noch nicht abgeschlossen. Dagegen scheinen Versuche, ein einfaches Gerät zur Bestimmung des Schwefelgehalts der Atmosphäre zu entwickeln, erfolgreich gewesen zu sein.




**Der Gesundheitspaß.**

Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung hat in Verbindung mit anderen dem Reichsgesundheitsamt angeschlossenen Instituten einen neuen Gedanken zur Diskussion gestellt, um die Gesundheit des Menschen von der frühesten Jugend bis zum spätesten Alter zu kontrollieren. Es handelt sich um die Schaffung eines Gesundheits-Passes, der alle Krankheiten des Menschen auf seiner Lebensreise vermerken soll.

## Börse und Handel.

### Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 271—273 (am 18. 2.: 271—273). Roggen Märk. 154—156 (154—156). Braugerste 204—213 (204 bis 213). Futter- und Industriegerste 190—204 (190—204). Hafer Märk. 137—144 (137—144). Mais loko Berlin —,— (—,—). Weizenmehl 31,75—38,25 (31,50—38,25). Roggenmehl 23,20—26,10 (23,10—26,10). Weizenkleie 11—11,25 (11—11,25). Roggenkleie 9,60—10,10 (9,60—10,10). Raps —,— (—,—). Leinsaat —,— (—,—). Viktoriaerbsen —,— (—,—). Kleine Speiseerbsen 22—24 (22—24). Futtererbsen 19—21 (19—21). Peluschken 21—24 (21—24). Ackerbohnen 17—19 (17—19). Wicken 18—21 (18—21). Lupinen blaue 13—15,50 (13—15,50), gelbe 21—24 (21 bis 24). Serradella neue 51—56 (52—57). Rapskuchen 9—9,75 (9—9,75). Leinkuchen 15—15,30 (15—15,50). Trockenschnitzel 6,60—6,80 (6,60—6,80). Sojaschrot 13,60 bis 13,80 (13,50—13,70). Kartoffelflocken —,— (—,—).

### Magerviehhof Berlin-Friedrichsfelde.

(Amtlicher Bericht vom 19. Februar.)

Auftrieb: 374 Rinder (darunter 332 Milchkühe, 42 Stück Jungvieh) und 135 Kälber.

Es wurden je nach Qualität gezahlt für das Stück:
**Milchkühe und hochtragende Kühe:** 290—500 Mark.
**Tragende Färsen:** 270—410 Mark.
**Jungvieh zur Mast:** Bullen, Stiere und Färsen 40 bis 46 Mark für einen Zentner Lebendgewicht.

Marktverlauf: Schleppend bei gedrückten Preisen.

Pferdemarkt:

Auftrieb: 507 Stück. Preise je nach Qualität 200 bis 1100, Schlachtpferde 80—180 Mark.

Marktverlauf: Still.


## Holz-Verkauf.

**Forstrevier Nebra.**

Im **Gasthause zu Wippach, Montag, d. 23. Febr. 1931,** gelangen aus den Abteilungen 1, 2, 3, 4, 5, nachstehende **Brennhölzer** meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

**ca. 230 rm Buchen-Scheite**
**ca. 8 „ Buchen-Knüppel**
**ca. 150 „ Buchen-Reisig I. Kl.**

Zusammenkunft 10 Uhr vormittags.
Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Wippach, den 12. Februar 1931.

**von Helldorff'sche Forstverwaltung.**

## Hotel zur Burg

Sonnabend, den 21. Februar

**Großer bunter Abend**

In der märchenhaft ausgestatteten Tanzdiele **große Ueberraschungen,** u. a.:

**Pfannkuchen-Polonaise**

Es laden freundlichst ein **Oswald Möder u. Frau**

Photograph im Hause!

## Gasthaus „Zur Sorge"

**Sonntag, den 22. Februar,** von nachmittags 1/3 3 Uhr an:

**Preis-Skaten**

Um rege Beteiligung bittet **H. Bernschein.**

## Vaterländischer Frauenverein

Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr in der **„Sorge"** werden

**Lichtbilder** gezeigt über:

**„Die Arbeit des Cecilienstifts in Halberstadt".**

Gäste und Freunde der Arbeit herzlich willkommen.

## Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

**Sonntag, den 22. Februar,** abends 8 1/4 Uhr:

**Der Feldmarschall**

Ferner:

**Fluch der Sinne**
**(Ein Frauenschicksal)**

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

## Kleinwangen

Sonntag, den 22. Februar
abends 8 Uhr

**Maskenball**

wozu einladet **Paul Neumann**

**Gefärbtes Kleid gespartes Geld**

und dann noch zirka

**15% Preisermäßigung**

auf alle Sachen zum Färben

**bis 7. März**

**Vereinigte Färbereien und Wäschereien**

G. m. b. H., Halle (Saale)

Annahme in **Nebra** bei Herrn

**Schneidermstr. Friedrich Grob,** Reinsdorfer Str. 4

**Balkan-Bohnerwachs, Farb-Bohnerwachs, flüssiges Bohnerwachs, Nop-Politur, schwarze Schuhcreme,** alles pro Pfund brutto für netto 95 Pfg. in Eimer und Kannen von 5, 10, 20 und 40 Pfund. Versand per Nachnahme. Postadresse: **Balkanwachs in Wolfenbüttel** b. Braunschweig, Postfach 22. Lieferung nur an Verbraucher direkt!

**2 leerstehende Zimmer**

werden von einzelner Dame **zu mieten gesucht.**

Offerten sind an die Geschäftsstelle d. Blattes einzureichen.

## Immer neue Anregungen

**Wer Westermanns Monatshefte liest, kennt keine Langeweile und hat offenen Sinn für alle Werte des Lebens. Er bedauert, daß er nicht mehr Zeit hat, die ihm vermittelten Kulturwerte auszuschöpfen. Ihre Bücherei ist nicht vollständig, wenn in ihr Westermanns Monatshefte fehlen.**

geben Ihnen Westermanns Monatshefte: Wie denken Sie über Graphologie? Wie stehen Sie zur neuen Sachlichkeit? Wie gefallen Ihnen die Romane von Karl F. Kurz? Welchen Sport soll die Frau treiben? Was sind Fernwirkungen? Diese und hundert andere Fragen behandeln in anregender Weise Westermanns Monatshefte, so daß diese Zeitschrift bestimmenden Einfluß auf Ihr Leben ausüben kann.

8

75 JAHRE

**GUTSCHEIN** • Kostenlos

ein Probeheft schickt Ihnen gegen Einsendg. von 30 Pf. für Porto der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, vollkommen unverbindlich

Name: .....

Beruf: .....

Adresse: .....

**Spare** mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra a. U.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310221-10/fragment/page=0004

Universitätsbibliothek


# Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 23 — Sonnabend, den 21. Februar 1931. — 44. Jahrgang


## Wiederzusammentritt des Reichstages

**Die Haltung der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten.**

Trotzdem bereits am Vormittage der Aeltestenrat und die Ausschüsse zusammengetreten waren, bot das Plenum zu Beginn der Sitzung ein wenig erfreuliches Bild. Nicht nur auf der Rechten des Hauses gähnte immer noch die seit dem großen Exodus gähnende Leere, auch von der zur Arbeit bereiten Mehrheit fehlte eine große Anzahl der Abgeordneten.

**Einige Heiterkeit erregte es, als Präsident Löbe bei der Beratung des Haushalts für das Reichsverkehrsministerium den Ausschußberichterstatter, den deutschnationalen Abgeordneten Quaatz aufrief, der natürlich genau wie seine gesamte Fraktion der Sitzung ferngeblieben war.**

Bei Eröffnung der Aussprache fehlte zunächst jeglich Wortmeldung, und wenn nicht kommunistischer Uebereifer gewesen wäre, würde es kaum zu einer Debatte gekommen sein, da der Reichsverkehrsminister anläßlich des Antrages der Zentrums- und Bayerischen Volkspartei wegen des Schenker-Vertrages und der deutschnationalen Interpellation über den Hamburger Flaggenskandal nicht geneigt war, der Auftakt zu geben, mußte sich das Haus zunächst den kommunistischen Rededonner anhören, der ermüdend über eine Stunde den Saal durchrollte.

Nachdem der Wirtschaftsparteiler Mollath im Interesse der gesamten Volkswirtschaft für Einheit der Verkehrspolitik eingetreten war und den Schenker-Vertrag als „Versailles" für das deutsche Fuhrwesen bezeichnet hatte, ergriff Reichsverkehrsminister Guérard das Wort, um die Politik seines Ministeriums zu verteidigen. Auch von Guerard wandte sich deutlich gegen die Politik der Reichsbahngesellschaft, indem er erklärte, es sei zwar zweifellos die Aufgabe einer gesunden Verkehrspolitik eine gewisse Einheitlichkeit in die Bestimmungen der Verkehrsmittel zueinander herzustellen, indessen könne man die gesunde Konkurrenz, die notwendig sei, nicht ausschalten.

**Was im übrigen seinen Haushalt anbelange, so seien durchaus Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten vorhanden, die jedoch angesichts der nachgerade chronischen Leere der Reichskassen nicht ausgenützt werden könnten.**

## Wahlreform-Annahme im Reichsrat

Berlin, 12. Februar.

**Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Vollsitzung am Donnerstag mit der Wahlreformvorlage der Reichsregierung, in der u. a. bestimmt ist, daß auf je 70 000 Wähler ein Abgeordneter entsallen soll, während die Ziffer nach dem geltenden Recht 60 000 beträgt. Auf preußischen Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 29 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen die Ziffer auf 75 000 erhöht. Dagegen stimmten die Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Westfalen und die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Bremen und Lübeck; die Provinzen Sachsen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz enthielten sich. Darauf wurde die Vorlage im ganzen mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Die opponierenden Stimmen gaben Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen ab.**

**Die Vorlage enthält außer der Erhöhung des Wahlquotienten folgende Neuerungen: Abschaffung der langen Listen. Die Stimmzettel können nur bis drei Bewerber enthalten; Verkleinerung der Wahlkreise (162 gegen bisher 35) Beseitigung der Reichslisten; Abschaffung des amtlichen Stimmzettels und Vereinfachung des Wahlvorschlag-Verfahrens.**

## Teileinigung über das Agrarprogramm

Berlin, 20. Februar.

**Wie wir zu der gestrigen Kabinettssitzung noch erfahren, handelt es sich bei den „wesentlichen Punkten", über die bereits eine Einigung erzielt wurde, vor allem um die Verlängerung der Ermächtigung über die Getreidezölle und um die Verlängerung der gegenwärtigen Regelung des Einfuhrsystems. Außerdem wurde grundsätzliches Einverständnis über die Einführung von variablen Zöllen für Schweine und für Hülsenfrüchte erzielt.**

**Das Kabinett hat auch die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Italien Verhandlungen aufgenommen werden müssen über die Neuregelung der Einfuhr von Obst und Gemüsen. Damit hat Italien sich dem Standpunkt angeschlossen, den sein handelspolitischer Ausschuß bereits vor kurzem einnahm.**

**Offen sind noch die strittigen Fragen der Butter und anderer Milchprodukte, wie Kasein, ferner das Holzproblem. Es ist anzunehmen, daß diese Dinge, die schon stark in die Frage der Veredelungswirtschaft hineinspielen, in der heutigen Kabinettssitzung in Angriff genommen werden, man glaubt jedoch nicht, daß die Beratungen über das weitverzweigte Agrarprogramm bereits heute abgeschlossen werden können.**

## Steuererlaß für Ostpreußen

Berlin, 20. Februar.

**Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat an den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Königsberg einen Erlaß gerichtet, in welchem es u. a. heißt:**

**Die besondere wirtschaftliche Notlage Ostpreußens läßt besondere steuerliche Vergünstigungen geboten erscheinen. Ich bestimme daher Billigkeitsmaßnahmen für die Landwirtschaft:**

**Wie für die beiden Vorjahre werden der ostpreußischen Landwirtschaft drei Achtel des endgültig für 1931 zu entrichtenden Vermögenssteuerbetrages erlassen. Dies gilt nicht für Steuerpflichtige, die nach Lage ihrer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere steuerliche Leistungsfähigkeit aufweisen. Den Landwirten, die vermögens- und einkommensteuerfrei sind, wird die im April 1931 fällige Umsatzsteuerrate erlassen.**

**Billigkeitsmaßnahmen für andere Wirtschaftszweige: Den Steuerpflichtigen, die durch die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft mitbetroffen sind oder infolge der auf der isolierten Lage Ostpreußens beruhenden schwierigen Verhältnisse sich in besonderer wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, ist durch Stundung oder Erlaß der Vermögenssteuer mit besonderem Wohlwollen entgegenzukommen.**

## Eine Ansprache Severings.

**Tagung der politischen Verwaltungsbeamten Preußens.**

Berlin, 20. Februar.

Im preußischen Ministerium des Innern fand eine Konferenz der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens statt. Minister Severing eröffnete die Besprechung und ging dann auf die allgemeine politische Lage ein.

**Der Minister führte u. a. aus, daß diese Konferenz ihm geboten erscheine, weil nach seiner Ansicht die politische Lage in Preußen und Deutschland keinen Anlaß zu Besorgnissen gäbe. Diese Erkenntnis zu verbreiten, sei eine Aufgabe, die heute vor allem auch den politisch verantwortlichen Behördenleitern in der Provinz zufalle.**

### Zum Volksbegehren des Stahlhelm

führte der Minister aus, es sei ein Mißbrauch, wenn ein Wehrverband wie der Stahlhelm, der satzungsgemäß keinerlei Beziehungen zur Politik habe, im letzten Jahr der Legislaturperiode des Landtags durch eine große Aktion eine frühere Wahl herbeiführen wolle. Das Volksbegehren und der evtl. Volksentscheid verursachten selbst bei geringer Schätzung Kosten von 1½ Millionen Mark. Dann befaßte sich Severing mit dem Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen aus dem Reichstag.

**„Wir wollen keine Unklarheit darüber bestehen lassen, daß wir gegen jede Verletzung bestehender Gesetze mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen werden. Die Staatsmacht ist dieser hetzerischen Opposition unendlich überlegen. Es hat sich gezeigt, daß in Berlin noch nicht einmal 1500 Menschen in der SA. organisiert sind.**

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Severing, auch die Kommunistische Partei, die heute von der nationalsozialistischen übertönt würde, sei in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen; ihre Beobachtung sei daher Pflicht der Behörden.

**Ueber das Reichsbanner erklärte der Minister, unter allen Wehrorganisationen müsse diejenige den preußischen Behörden die sympathischste sein, die nichts wolle als Stärkung des verfassungsmäßigen Staates und Schutz der Gesetze. Selbstverständlich aber komme weder eine polizeiliche Verwendung des Reichsbanners, noch eine Vermischung mit dem Dienst, den Aufgaben und den Beamten der preußischen Polizei irgendwie in Frage.**

## Frick gegen Wirth.

**Scharfe Worte gegen den Reichsinnenminister.**

Jena, 20. Februar.

Die Jenaer Studentenschaft veranstaltete eine Kundgebung, auf der Staatsminister Frick über das Thema „Der Weg zur Freiheit" sprach. Er führte dabei u. a. aus, daß das Rumpf-Parlament in Berlin keinen Boden mehr im deutschen Volke habe. Das Volk verlange vielmehr stürmisch Neuwahlen zum Reichstag.

**Wenn der Reichsinnenminister Dr. Wirth durch Rund-**
**eine etwaige Kon-**
**nationalen Oppo-**
**ation vorgehen, so**
**twaige Tagung der**
**Nationaltheater in**
**, da über das Na-**
**, sondern er, Frick,**

**em sei ein neues**
**Kraft und Freiheit**
**ademiker seien be-**
**willensmäßigen Er-**
**irken.**

## reviranus.

**ums angesagt.**
**rlin, 20. Februar.**
**nschaft wurden von**
**ngehenden Bespre-**
**Die vorgetragenen**
**Lastensenkung, auf**
**er Osthilfemaßnah-**
**erücksichtigung der**
**nahmen für notlei-**

**verbänden für bäu-**
**ken geäußert. Der**
**r sich dafür einzu-**
**entierung für die**

Bauern- und Siedlerbetriebe des Osthilfegebietes Zusatzkontingente eingeräumt würden.

Am Schluß der eingehenden Aussprache führte Minister Treviranus aus, daß er als Ostkommissar die umfassende Förderung des ostdeutschen Bauerntums für dringend notwendig erachte und sich für die vorgetragenen Wünsche der Vertreter der Deutschen Bauernschaft im Rahmen seiner Zuständigkeit voll einsetzen werde.

## Grimmes neuer Erlaß.

**Keine Aufnahmeprüfung für die höheren Schulen.**

Berlin, 20. Februar.

**Durch einen Erlaß des preußischen Kultusministers Dr. Grimme wird die Aufnahmeprüfung beim Uebergang von der Grundschule zur höheren Schule abgeschafft. Der Erlaß gilt bereits für die Aufnahmen in die höheren Schulen, die zu Ostern dieses Jahres erfolgen.**

Die Aufnahme erfolgt auf Grund der von den Lehrern der Grundschule aufgestellten Gutachten. Der Erlaß gibt der höheren Schule aber das Recht, ungeeignete Sextaner nach halbjähriger Probezeit noch zurückzuweisen, wenn drei Viertel der Klassenlehrer der Ansicht sind, daß das Kind auf einer höheren Schule nicht mitkommen wird. In diesem Falle müssen die Eltern mindestens ein viertel Jahr vorher benachrichtigt werden. Ferner soll die Gewährung von Schulgeldermäßigung und wirtschaftlicher Unterstützung der Eltern in Zukunft von der Leistung und Eignung der Kinder abhängen.

**Der Erlaß bringt dann noch weiter wesentliche Aenderungen der Versetzungsbestimmungen.**

Während bisher ein Schüler nur aus der Schule ausgeschlossen werden konnte, wenn er in derselben Klasse zweimal nicht versetzt wurde, wird das in Zukunft auch möglich sein, wenn er in zwei aufeinanderfolgenden Klassen nicht versetzt werden kann. Für die Versetzung von Untertertia nach Obertertia sind insofern besondere Bestimmungen getroffen, als Schüler aus der Schule entlassen werden können, wenn drei Viertel der in der Klasse unterrichtenden Lehrer der Ansicht sind, daß ein weiterer Besuch der höheren Schule zwecklos ist. Dasselbe gilt für Schüler, die von Obersekunda nach Unterprima nicht versetzt werden können.

## Der neue Strafvollzug.

Berlin, 19. Februar.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages äußert sich Justizminister Dr. Schmidt über Fragen des Strafvollzugs. Er wies darauf hin, daß die Verordnung für den Strafvollzug in Stufen zunächst nur im Kammergerichtsbezirk in vollem Umfange in Kraft gesetzt worden sei, um die Zweckmäßigkeit der Neuregelung vorsichtig zu prüfen. Es müsse aber schon jetzt gesagt werden, daß sich die Verordnung in vollem Umfange bewährt habe.

**Die Trennung der Gefangenen nach Gruppen und Stufen habe nicht nur die Disziplin in den Anstalten erleichtert sondern sich auch für die Beeinflussung der Gefangenen in erzieherischer Hinsicht aufs beste ausgewirkt.**

Die Kritik, die vorwerfe, man mache die Strafanstalten zu Sanatorien und verwässere die Rechtspflege beruhe auf einer gewissen Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse im Strafvollzuge. Von den etwa 30 000 Gefangenen kämen überhaupt nur etwa 10 000 für den Stufenstrafvollzug in Betracht. Die übrigen 20 000 Gefangenen hätten kürzere Strafen, so daß die Zeit für eine aufbauende Erziehungsarbeit bei ihnen nicht ausreicht.

## Sprengung des Youngplans.

**Forderung eines dänischen Professors.**

Kopenhagen, 20. Februar.

Der Rektor der Kopenhagener Universität, der bekannte Nationalökonom Professor L. V. Birck, der sich dieser Tage in Oslo aufhält, hat ein aufsehenerregendes Interview gegeben, in dem er Deutschland auffordert, die Youngplanzahlungen bis auf einen Rest von 660 Millionen einzustellen. Birck unterstreicht, daß Deutschland die Reparationszahlungen bisher lediglich durch Anleihen gezahlt habe.

**Die einzelnen deutschen Geschäftsleute säßen mit einer fürchterlichen Zinsenlast da, die sie an die Vereinigten Staaten zu zahlen hätten. Er glaube ernstlich, daß es in Europa als eine sehr große Erleichterung empfunden werden würde, wenn Deutschland den großen Sprung wagen und erklären würde, daß es von dem Youngplan nur noch die 660 Millionen zahlen wolle, die durch Einnahmen der Reichsbahn gesichert seien, und sonst nichts. Natürlich würden England und Frankreich zunächst einmal mit dem Säbel rasseln. Aber er glaube bestimmt, daß sie nicht wieder deutsches Gebiet besetzen würden. Wenn sie sich dann nach 14 Tagen ausgerast hätten, würden sie Amerika mitteilen, daß sie selbst auch nicht bezahlen könnten, was sie Amerika schuldig seien.**

Europa stehe sich nicht gut dabei, daß Deutschland nicht kaufkräftig sei, und daß dieses Land, daß seine Industrien mit geliehenen Geldern rationalisiert habe, als Unterbieter auf dem europäischen Markt auftrete. Auch könne man nicht wünschen, daß die deutschen Industrieherren gezwungen würden, ihre deutschen Arbeiter zu Kulis zu machen.

**Deshalb müsse Deutschland die Initiative ergreifen, und dadurch, daß es den Youngplan sprenge, England und Frankreich Gelegenheit geben, seine eigenen Uebereinkommen mit Amerika zu annullieren.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310221-10/fragment/page=0005